

## Kämpfe innerhalb der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront in Ungarn von der Befreiung bis zum Sieg der Diktatur des Proletariats (1944–1948)

von

SÁNDOR BALOGH

Ungarn gewann – ähnlich den übrigen Ländern Mittel- und Südosteuropas – dank dem seitens der alliierten Mächte, vor allem der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg errungenen Sieg von historischer Bedeutung seine Unabhängigkeit wieder. Es war also die militärische Zerschmetterung Hitlerdeutschlands und im allgemeinen der internationalen Kräfte des Faschismus jene entscheidende äussere, internationale Bedingung, näher betrachtet im wesentlichen jener Ausgangspunkt, der es ermöglicht hat, dass das ungarische Volk die weitere Gestaltung seines eigenen Schicksals, seiner Zukunft – und damit die der ganzen Nation – in seine Hände nehme.

Um die Jahreswende 1944/1945 bestanden vorübergehend „zwei“ Ungarn, richtiger, es bestanden im Lande zweierlei, und einander von Grund aus widersprechende politische Mächte. Die eine war die in dem von den Deutschen besetzten Landesteil tätige Pfeilkreuzler-faschistische Regierung, die nunmehr – vor allem unter den Schlägen der Befreiungsarmeen – ihrer baldigen völligen Vernichtung entgegenging. Die andere war die in den befreiten Gebieten zustandegekommene volksdemokratische Macht, die auf ein Entstehen eines unabhängigen, freien, demokratischen Ungarns hinwies.

In Ungarn wurden die Grundlagen eines neuen, volksdemokratischen Staates von der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, dem städtischen Kleinbürgertum und der deutschfeindlichen Bourgeoisie in Debrecen am 21–22. Dezember 1944 durch die Einsetzung der Provisorischen Nationalversammlung und der Schaffung einer Provisorischen Nationalregierung niedergelegt. Die Provisorische Nationalregierung, deren Rückgrat die Parteien der Unabhängigkeitsfront bildeten, verwirklichte ein anti-faschistisches Programm, beziehungsweise setzte sie sich die Realisierung dessen zum Ziel.

## 1

Der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront gehörten gelegentlich ihrer Bildung in Szeged am 2. Dezember 1944 fünf Parteien an, und zwar die Ungarische Kommunistische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Nationale Bauernpartei, die Unabhängige Kleinlandwirtepartei und die Bürgerliche Demokratische Partei.

Von den politischen Parteien begann als erste die kommunistische den Ausbau ihrer Organisationen im Lande. Kennzeichnend für das rasche Tempo der organisatorischen Entwicklung der Partei ist, dass die Anzahl ihrer Mitglieder in der zweiten Hälfte 1945 bereits über eine halbe Million betrug. Der kommunistischen Partei traten vor allem Arbeiter, ferner die untersten Schichten der Bauernschaft — namentlich Agrarproletarier und Armbauern, später Neubauern — sowie die fortschrittlichsten Elemente der Intelligenz und des städtischen Kleinbürgertums bei. Die kommunistische Partei musste jedoch ihren politischen und organisatorischen Einfluss — im Kreise der Arbeiterschaft — mit der anderen Arbeiterpartei, der sozialdemokratischen Partei teilen. Unter den etwas weniger Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei waren die Arbeiter und Mittelschichten (Intellektuelle, Angestellte, Klein-gewerbetreibende und Kleinhändler) im grossen und ganzen gleichmässig vertreten.

Nach der Befreiung gelang es den beiden Arbeiterparteien im Grunde genommen durchzusetzen, dass ihr Einfluss im Kreise der Arbeiterklasse, sowohl politisch wie auch organisatorisch, ein ausschliesslicher sei. Doch kann dies im Zusammenhang mit der Bauernschaft keineswegs behauptet werden. Ein ansehnlicher Teil des Arm- und Kleinbauern-tums, sowie ein Bruchteil der Mittelbauern schlossen sich der linksradikalen Nationalen Bauernpartei an. Den schwächeren Einfluss der Arbeiterparteien auf die Bauernschaft glich also die Nationale Bauernpartei bis zu einem gewissen Grad aus. Bedeutende Massen, im wesentlichen die Mehrheit der werktätigen Bauernschaft vermochten sie jedoch auch zusammen nicht zu vereinen, obwohl ihr politischer Einfluss grösser war als die zahlenmässige Mitgliederschaft. Unter solchen Umständen bestand in Ungarn zweifellos die ernste Gefahr, dass sich die Massen der werktätigen Bauernschaft, genauer ein Teil dieser nicht der Arbeiterklasse, sondern der Bourgeoisie, mit anderen Worten nicht den drei Linksparteien, sondern der Kleinlandwirtepartei und der Bürgerlichen Demokratischen Partei schliessen wird.

Alle tätigen politischen Parteien versuchten offiziell den einen oder anderen Teil der Gesellschaft unter der Parole der „Demokratie“ und im Zeichen des Programms der Unabhängigkeitsfront in sich zu vereinigen. Neben der Bürgerlichen Sektion der Kleinlandwirtepartei bekannte sich aber offiziell nur die Bürgerliche Demokratische Partei als Partei des Bürgertums. Ja, selbst diese Partei wünschte im politischen Leben nur das „fortschrittliche“ Bürgertum, einen Teil des Mittel- und Kleinbürgertums sowie die Intelligenz zu vertreten. Dies heisst so viel, dass die er-



wählten Parteien vor allem die Vertretung der städtischen Bourgeoisie und des gewesenen „Mittelstandes“ offiziell nur halb und halb auf sich nahmen. So verloren unter anderen die bürgerlich konservativen und liberalen Gruppen sowie christlich-demokratischen und christlich-sozialen Richtungen die Möglichkeit eines selbständigen politischen Auftretens. Für eine Rückkehr ins Leben boten sich demnach den genannten und sonstigen bürgerlichen Richtungen im wesentlichen bloss zwei Möglichkeiten. Die eine war der Anschluss an eine der bereits tätigen Parteien, und den ursprünglichen Zielsetzungen von innen aus zur Geltung verhelfen, die andere hingegen war den Versuch zu unternehmen, das Bestreben fortzusetzen, und in Ausnutzung der sich bietenden Möglichkeiten den Weg einer Gründung der selbständigen Partei zu beschreiten.

Die Parteien der Unabhängigkeitsfront stimmten jedoch unmittelbar nach der Befreiung dem Auftreten und der Betätigung weiterer Parteien nicht zu. Dies hatte dann zur Folge, dass die verschiedenen bürgerlichen Richtungen sich – in Übergehung der organisatorisch schwachen und kraftlosen Bürgerlichen Demokratischen Partei – der Kleinlandwirtpartei zu orientierten. Dementsprechend trachtete sich der überwiegende Teil der gewesenen Grossgrundbesitzer, der Gross – und Mittelbourgeoisie der Kleinlandwirtpartei anzuschliessen. Die Partei der Dorfbourgeoisie aber war schon traditionell die Kleinlandwirtpartei. Ausser diesen schloss sich auch ein ansehnlicher Teil des städtischen Kleinbürgertums, der Intelligenz und der staatlichen Bürokratie dieser Partei an. In den Dörfern scharten sich jedoch nicht allein die reichen Bauern, sondern überwiegend auch das Mittel- ja zum Teil das Armbauerntum in der Kleinlandwirtpartei zusammen. Dies alles führte dahin, dass im Sommer 1945 die Kleinlandwirtpartei allein annähernd so viele Mitglieder zählte wie die übrigen Parteien insgesamt.

Innerhalb der Kleinlandwirtpartei waren im Grunde genommen drei Richtungen, beziehungsweise dementsprechend drei politische Gruppierungen zu unterscheiden. Dem linken Flügel gehörten die in der Bürgerlichen Sektion befindlichen links orientierten Intellektuellen, ferner die dem Arm- und Kleinbauerntum angehörenden Anhänger István Dobi's, und zum Teil die Zoltán Tildy's an. Dieser Flügel bildete innerhalb der Partei nur eine Minorität. Die stärkste und am besten organisierte Gruppe der Kleinlandwirtpartei war das sog. Zentrum, das unter der Leitung von Ferenc Nagy, Béla Kovács und Béla Varga stand. Hinter ihnen reihte sich nicht allein das reiche Bauerntum, sondern auch ein Grossteil der Mittel- und Kleinbauern. Die Leiter des Zentrums standen in unmittelbarer persönlichen Beziehung zu den Vertretern der städtischen Bourgeoisie, ja selbst zu mehr als einem Repräsentanten des Grosskapitals, die Unterstützung der katholischen Kirche aber war vor allem durch die Person Béla Varga's gewährleistet, der selbst Priester war. Den Leitern des Zentrums schwebte die Verwirklichung irgendeiner bäuerlich-bürgerlichen Demokratie vor, deren leitende Kraft das wohlhabende Bauerntum sein sollte. Sie stimmten wohl den antifaschistischen und antifeudalen Forderungen der Unabhängigkeitsfront zu,

doch nur innerhalb des Rahmens der ihnen vorschwebenden bürgerlichen Ordnung. Gleichzeitig wiesen sie die sozialistischen Perspektiven der volksdemokratischen Umgestaltung strikt ab, und widersetzten sich scharf allen praktischen politischen Massnahmen, welche in dieser Richtung wirkten. Das Abkommen mit den Linksparteien zu kündigen und die Unabhängigkeitsfront zu sprengen wünschten sie aus aussenpolitischen Gründen bis zur Unterfertigung des Friedensvertrags nicht. Aus obigem folgend gingen sie auch mit dem linken Flügel innerhalb der Partei – vorübergehend – einen Kompromiss ein. Im zahlenmässig ziemlich starken, doch einstweilen noch nicht genügend organisierten rechten Flügel befanden sich sozusagen sämtliche Richtungen beziehungsweise Gruppen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Rechten, ja bis zu einem gewissen Grad auch die der extrem Rechten, mit Ausnahme Pfeilkreuzler. In Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei versprach der Kompromiss zwischen dem linken Flügel und dem Zentrum zweifellos einen vorübergehenden Charakter. Und es war nicht so sehr eine Frage der Partei, ja sogar nicht ausschliesslich die der innenpolitischen Verhältnisse, wann der Kompromiss zwischen dem linken Flügel und dem Zentrum durch einen eventuellen Zusammenschluss des Zentrums und des rechten Flügels abgeöst wird. Die Gegenwart des rechten Flügels stellte aber im Endergebnis für das Zentrum auch so eine ständige Reserve in den Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel und den Linksparteien dar.

Unter den Verhältnissen nach der Befreiung in Ungarn folgte auch aus der Stellungnahme, der Politik der Parteien der Unabhängigkeitsfront, dass sich um die Mitte des Jahres 1945 im politischen Leben eine eigentümliche Lage entwickelte. Nicht allein die Anhänger des volksdemokratischen Systems, sondern zum Grossteil auch dessen Gegner, ja sogar Feinde befanden sich innerhalb der Unabhängigkeitsfront und der Koalition. In dieser Beziehung gestaltete sich die Lage in Ungarn grundlegend anders wie in Bulgarien und Rumänien. Die Rechte sowie deren Parteien traten ja dort aus der Einheitsfront aus, beziehungsweise wurden aus dieser verdrängt, und übernahmen die Rolle der Opposition. Dies galt genauso für die bulgarische Agrarpartei – von der nur der linke Flügel in der Einheitsfront verblieb-, wie für die rumänischen Parteien Maniu's und Bratianu's. Der politische Kampf wurde in diesen Ländern überwiegend zwischen den Parteien der Einheitsfront und der Opposition ausgetragen. In Ungarn hingegen stand die Koalition nicht der zu einer Partei oder mehreren Parteien organisierten Opposition gegenüber, sondern die politischen Kämpfe fanden vielmehr innerhalb der Unabhängigkeitsfront und der Koalition statt.

Die Ungarische Kommunistische Partei verkündete – nach Beendigung des zweiten Weltkriegs in Europa – in der Parteikonferenz vom Mai 1945 das Program m des Wiederaufbaus und im Zusammenhang damit eines gesteigerten Kampfes gegen die bürgerliche Rechte. Im Einklang damit kam es zu einem kräftigeren und offeneren Angriff gegen die sich im rechten Flügel der Kleinlandwirtepartei befindlichen Kräfte und



vor allem gegen die Bürgerliche Demokratische Partei. Nach der Maikonferenz der Kommunistischen Partei wurde die Bürgerliche Demokratische Partei nicht mehr als Mitglied der Unabhängigkeitsfront betrachtet. Diese Stellungnahme der kommunistischen Partei machten sich im wesentlichen auch die sozialdemokratische Partei und die Bauernpartei zueigen. Mit dem Angriff gegen die Bürgerliche Demokratische Partei verfolgten die Linksparteien, vor allem die kommunistische Partei ein doppeltes Ziel: einerseits trachteten sie die rechts orientierten Kräfte, oder zumindest einen Teil dieser aus der Unabhängigkeitsfront zu verdrängen, andererseits wollten sie die von der Bürgerlichen Demokratischen Partei beeinflussten Mittelschichten dieser Partei entziehen. Dem Anschein nach gelang die Verwirklichung dieser Vorstellungen restlos, verliessen doch als Lösung der Regierungskrise vom Mai und darauffolgend vom Juli der Minister und Parteiobmann Géza Teleki sowie seine Anhänger die Bürgerliche Demokratische Partei. Die rechtsorientierten Kräfte, mit Ausnahme einiger kleineren Gruppen, wendeten jedoch der Bürgerlichen Demokratischen Partei kein besonderes Interesse zu. Im Gegenteil, nach den Angriffen gegen die Bürgerliche Demokratische Partei reiheten sie sich noch entschiedener als ehedem hinter die grösste Partei der Unabhängigkeitsfront, die Kleinlandwirtpartei. Auf diese Weise vereinfachte sich das Problem in der Beziehung, dass man bei Erwägung der politischen Kräfteverhältnisse nach dem August 1945 mit der Bürgerlichen Demokratischen Partei nicht besonders rechnen musste. Zugleich aber gestaltete sich die Lage hinsichtlich der Kleinlandwirtpartei noch verwickelter. Die innere Lage der Kleinlandwirtpartei wies im August 1945 tatsächlich ein Bild auf, das die Geschichtsliteratur mit Recht als „Sammelpartei“ bezeichnet. Diese Charakterisierung weist aber eigentlich nur auf die Gegenwart von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Richtungen mit gegensätzlichen Interessen hin. In Wirklichkeit aber handelte es sich hier — namentlich hinsichtlich der Zukunft — um der Kleinlandwirtpartei gestalteten sich nämlich die Bedingungen nicht allein verschiedener politischer Richtungen, sondern auch die des Zustandekommens verschiedener neuen Parteien.

Vor den Wahlen zum Nationalrat im Jahre 1945 wurde die Frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt, ob an den Wahlen ausser den Parteien der Unabhängigkeitsfront auch andere Parteien teilnehmen können, beziehungsweise welche. Das Wahlrechtsgesetz ermöglichte grundsätzlich die Teilnahme anderer Parteien. Das Zentrale Nationalkomitee befasste sich in seiner Sitzung vom 17. September 1945 mit dem Ansuchen der Parteien, die an den Wahlen teilzunehmen wünschten. Ohne besonderer Debatte bewilligte es die Teilnahme der Ungarischen Radikalen Partei. Unter der Bezeichnung Demokratische Volkspartei liefen aber sogar zwei Ansuchen beim Zentralen Nationalkomitee ein. Das eine reichte István Barankovics, das andere Graf József Pálffy ein. Das Zentrale Nationalkomitee bewilligte das Ansuchen Barankovics's, offenbar in der Annahme, dass die Barankovics'sche Demokratische Volkspartei mehr links orientiert sein wird, und auch ihre Beziehungen zum katholischen Klerus nicht

so eng sein werden. Die Demokratische Volkspartei Barankovics's nahm jedoch an den Wahlen nicht teil. Die Spannung innerhalb der Unabhängigkeitsfront konnte demnach „nicht abgeleitet werden“. Darin, dass sich die Lage so entwickelte, richtiger, dass sie unverändert blieb, spielte auch die mittlerweile geänderte Taktik der Rechten eine Rolle. Die rechts-orientierten Kräfte unternahmen in der ersten Hälfte 1945 wiederholt den Versuch eine bürgerliche Oppositionspartei zu gründen. Im September 1945 erblickten jedoch die führenden Kreise der katholischen Kirche, an ihrer Spitze mit Fürstprimas Mindszenty, in der Gründung einer bürgerlichen Oppositionspartei bereits eine Spaltung der Einheit der Rechten. Aus diesem Grund wurden die Versuche inbezug auf die Gründung einer neuen Partei vorübergehend abgelehnt, die Kirche entschied sich zur Unterstützung der Kleinlandwirtepartei.

## 2

Anlässlich der Nationalratswahlen vom 4. November 1945 sicherte sich die Kleinlandwirtepartei mit einem Stimmenanteil von 57,03% absolute Mehrheit. Die kommunistische Partei erzielte mit den beiden anderen Linksparteien – der sozialdemokratischen Partei und der Nationalen Bauernpartei – zusammen 42% der Stimmen. Das Gewicht der Linken wurde jedoch innerhalb der Unabhängigkeitsfront auch dadurch gesteigert, dass sich in der siegreichen Kleinlandwirtepartei ein linker Flügel befand, der bereit war die früher realisierte Zusammenarbeit mit den Linksparteien auch weiterhin zu vertreten. Sofern sich also innerhalb der Unabhängigkeitsfront die Einheit der Linken durchgesetzt hat, wurde sie zum entscheidenden Faktor im politischen Leben des Landes. Zugleich mit den Wahlen endete im Grunde genommen die Gestaltung einer Einheit der bürgerlichen Rechten, und die politische Vertretung letzterer übernahm der rechte Flügel der Kleinlandwirtepartei.

Die personelle Zusammensetzung der sich nach den Wahlen konstituierten Regierung Tildy zeugte davon, dass es der kommunistischen Partei – gemeinsam mit den beiden anderen Linksparteien – tatsächlich gelungen ist das Ergebnis der Nationalratswahlen bis zu einem gewissen Grad „zu korrigieren“. Und zwar in erster Linie darum, dass die Kleinlandwirtepartei – in Erwägung der internationalen und inneren Lage des Landes – es nicht wagte die mit der Regierung verbundene Verantwortung allein auf sich zu nehmen. Gleichzeitig waren die Linksparteien nur unter bestimmten Bedingungen bereit an der Koalitionsregierung auch weiter teilzunehmen. Dadurch trat im Verhältnis der legislativen und exekutiven Gewalt eine eigenartige Aenderung ein. Waren doch in der von der Provisorischen Nationalversammlung mit einer Mehrheit der Arbeiterparteien gewählten Provisorischen Nationalregierung die Arbeiterparteien – die Nationale Bauernpartei mit inbegriffen – in Minderheit, demgegenüber verschafften sich die Linksparteien in der nach dem Wahlsieg der Kleinlandwirtepartei zustandegekommenen Regierung Tildy die Hälfte der Ministerportefeuilles. Ausserdem steigerte der Oberste Wirt-



schaftsrat, ein Spitzenorgan, das gewissermassen zwecks Aufsicht der Ministerien wirtschaftlichen Charakters ins Leben gerufen wurde, ebenfalls die Rolle und das Gewicht der Linksparteien in der Vollzugsgewalt. Ganz zu schweigen darüber, dass die Polizei, die einzige, tatsächlich bewaffnete Gewalt des volksdemokratischen Ungarns von Beginn an unter dem Einfluss der Arbeiterparteien stand.

Die Kleinlandwirtpartei betrachtete freilich die obige Lage nur für eine provisorische, vorübergehende Erscheinung. Namentlich seit Ende 1945 legte sie eine ziemlich grosse Aktivität im Interesse dessen zutage, dass sie auch in der Vollzugsgewalt — auf jedem Gebiet und jeder Ebene — zu einer mit ihrer in der Nationalversammlung genossenen Majorität proportionellen Zahl von Positionen gelange. Die Kleinlandwirtpartei wollte im Endergebnis eine Wendung in der Vollzugsgewalt erreichen, und zwar zu ihren eigenen Gunsten, und dadurch objektiv und teils auch subjektiv zu der der gesamten bürgerlichen Rechten. Diese Rechte war jedoch ziemlich vielfarbig, daher vermochte sich auch der Kampf für eine „Proportionierung“ nicht lediglich auf eine Vermehrung der Machtpositionen der Kleinlandwirtpartei zu beschränken, somit wurde er zum Auftakt einer allgemeinen antikommunistischen und linksgegnerrischen Welle in Ungarn, die sich auf sozusagen sämtliche Gebiete des gesellschaftlichen und politischen Lebens erstreckt hat. So wurde zum Zielpunkt der rechtsseitigen „Attacke“ auch die Bodenreform, die bisher zweifellos grösste Errungenschaft des volksdemokratischen Systems. Die Auseinandersetzungen um die Durchführung der Bodenreform traten jedoch nicht allein in Form eines Gegensatzes zwischen den Grossgrundbesitzern und der Bauernschaft zutage, sondern an zahlreichen Orten in dem Kampf der verschiedenen Schichten der Bauernschaft gegeneinander. Nicht zuletzt deshalb, weil die Bodenverteilungsausschüsse — namentlich an Orten, wo sich der aufteilbare Boden für nicht ausreichend erwies — die Vorschriften der Verordnung übertraten und auch den Boden der Bauernbourgeoisie nicht unangetastet liessen. Die Kleinlandwirtpartei stellte sich im wesentlichen schon von Anfang an an die Seite jener, die die konsequente Durchführung der Bodenreform und noch mehr den Radikalismus der Durchführung für nachteilig erachteten. Dieses Verhalten der Kleinlandwirtpartei hing zum Teil damit zusammen, dass die Mehrheit der sich benachteiligt Fühlenden Mitglied oder Anhänger der Partei war. Ausserdem fürchteten sich die Führer der Kleinlandwirtpartei auch davor, dass die Linksparteien — mit Unterstützung der Massen — eventuell auch in anderen Fragen in ähnlicher Weise vorgehen könnten.

Nach der Wahl Zoltán Tildy's zum Präsidenten der Republik (Februar 1946) wurde Ferenc Nagy, Führer des Zentrums der Kleinlandwirtpartei Ministerpräsident. Die Erfahrungen der Nationalratsdebatten und Gegensätze um die Akzeptierung des Programms der Regierung Ferenc Nagy machten es ganz offensichtlich, dass der Schutz und die Weiterentwicklung der demokratischen Errungenschaften allein „von oben“ — durch interparteiliche Beratungen — nicht mehr gesichert werden können, und die sich entfaltete rechtsseitige „Attacke“ noch weniger zu-

rückgedrängt werden kann. Die Bewegungen in der Provinz, vor allem seitens der Armbauern, die auf den Schutz des verteilten Bodens ausgerichtet waren, die ausserordentlich schwierige wirtschaftliche Lage sowie die sich immer mehr ausbreitenden und immer entschiedeneren Massenkundgebungen der wegen den in den verschiedensten Formen in Erscheinung tretenden Bestrebungen der Rechten boten förmlich und forderten sogar in einem bestimmten Grad eine Inanspruchnahme der Massengewalt der Werktätigen seitens der kommunistischen Partei, und im allgemeinen von der Linken. Der Erfolg der Massenbewegung wurde durch den Umstand tatkräftig gefördert, dass die beiden anderen Linksparteien die sich im Lande ausgestaltete politische Lage ähnlich beurteilten wie die kommunistische Partei und daher an den meisten Orten gegen die Rechte gemeinsam auftraten. Die Budapester Massenkundgebung vom 7. März 1946, mit einer Beteiligung von mehreren Hunderttausenden entfaltete und unterstützte, gleichsam politisch und organisatorisch das Zusammenfassen, welches im Linksblock – der Vereinigung Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Nationalen Bauernpartei und des Gewerkschaftsbundes – Gestalt annahm.

Nach dem 7. März trat die Kleinlandwirtpartei – da sie keine andere Wahl treffen konnte – den Weg der Unterhandlungen mit den Linksparteien an. Im wesentlichen erklärten sie sich damit einverstanden, dass die politischen und wirtschaftlichen Forderungen des Linksblocks zum Koalitionsprogramm werden, mit anderen Worten nahm die Kleinlandwirtpartei eine Zusammenarbeit und Beteiligung auch in der Lösung solcher Fragen auf sich, die eine gewisse linksgerichtete Weiterentwicklung der ursprünglichen Zielsetzungen der Unabhängigkeitsfront darstellten. Mit Zustimmung der Kleinlandwirtpartei verabschiedete die Nationalversammlung das Gesetz über den strafrechtlichen Schutz der demokratischen Staatsordnung, sowie jene über den strafrechtlichen Schutz der Republik, die Beendigung der Bodenreform und die Verstaatlichung der Kohlengruben. Ebenso beschloss die Regierung die Anwendung der B-Liste zwecks Säuberung der Verwaltung und Abbaus des Personalstandes der Staatsangestellten. Als Ergebnis dessen wurden übrigens etwas 60 000 Verwaltungsbeamte und Staatsangestellte ihres Dienstes enthoben.

Schwieriger war die Isolierung des rechten Flügels der Kleinlandwirtpartei, beziehungsweise dessen Verdrängung aus der Unabhängigkeitsfront, das auch nur zu Teil verwirklicht werden konnte. Der Ausschluss von 20 Nationalratsabgeordneten der Kleinlandwirtpartei, darunter der von Dezső Sulyok, war noch bei weitem nicht gleichbedeutend mit einer Liquidierung des rechten Flügels der Kleinlandwirtpartei. Eine noch grössere Sorge verursachte jedoch den Linksparteien der Umstand, dass sich der Einfluss der Kleinlandwirtpartei auf die Bauernschaft – entgegen der Erwartungen – nicht wesentlich verringerte. Ja, von den bäuerlichen Massen, die sich von der Kleinlandwirtpartei abgewandt hatten, schloss sich nur ein Teil der kommunistischen Partei oder den beiden anderen Linksparteien an. Ausserdem vermochte die kommunistische



tische Partei – infolge des Widerstandes der Führer der Sozialdemokraten und der Bauernpartei – auch das nicht zu erreichen, dass der Linksblock – natürlich innerhalb der Unabhängigkeitsfront – als ständiges Organ fungiere, und dass er Verwaltungsausschüsse in den Komitaten und Kreisen einsetze.

Nach Zustandekommen der finanziellen Stabilisierung im August 1946 und in Kenntnis der ungarischen Friedensaussichten trachtete die Kleinlandwirtpartei wiederholt die politische Initiative an sich zu reißen. In Wirklichkeit wollte sie erreichen, dass entgegen der Aufrechterhaltung der Koalition die Linke zu solchen Konzessionen gezwungen werde, die als Garantie dafür dienen könnten, dass sich die Volksdemokratie nicht in Richtung des Sozialismus, sondern in jener der Wahrung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung entwickle, genauer, dass es nicht zu solchen Änderungen komme, welche die kapitalistischen Produktionsverhältnisse vom Grund auf erschüttern könnten. Als eine der bedeutendsten Kraftproben der Kleinlandwirtpartei war die Veranstaltung der Budapester Bauerntage zwischen dem 7. und 9. September 1946. gedacht. Die Führer der Partei wollen damit, dass sie mehrere hunderttausend Bauern in der Hauptstadt aufmarschieren lassen, einerseits ihre Massenkraft „beweisen“, demonstrieren, andererseits trachteten sie eigentlich durch eine eventuelle Provozierung eines Zusammenstoßes zwischen den Arbeiter- und den Bauernmassen das Bündnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft entzweireißen. Die Führer der Kleinlandwirtpartei verkündeten anlässlich der Bauerntage ihr unbedingtes Festhalten an einer agrarischen Interessenvertretung, welche die gleichen Rechte geneissen sollte wie die Gewerkschaften, und starteten nachher eine Aktion auf Landesebene zwecks Inartikulierung der Interessenvertretung. Ausserdem drängten sie nach wie vor auf eine tunlichst baldige Abhaltung der Wahlen zu den Munizipalausschüssen in der Provinz und die Erfüllung ihrer früheren Ansprüche in bezug auf eine „Proportionierung“. Die Hoffnungen, welche die Kleinlandwirtpartei an die Budapester Bauerntage geknüpft hatte, erfüllten sich aber nur zum Teil. Nur einige zehntausend Bauern und Provinzleute kamen in die Hauptstadt, doch auch ein Teil dieser weigerte sich an den linksgegnerischen Aktionen teilzunehmen. Namentlich danach nicht, dass die in der Hauptstadt eintreffenden Bauern seitens der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft – auf Anraten der Arbeiterparteien – im allgemeinen sehr freundlich empfangen, zu Betriebsbesichtigungen und zur unmittelbaren Besprechung der sie gegenseitig betreffenden Fragen eingeladen wurden.

Ungefähr gleichzeitig mit diesen Aktionen der Kleinlandwirtpartei kräftigten sich auch in der sozialdemokratischen Partei und noch mehr am rechten Flügel der Nationalen Bauernpartei die eine Zusammenarbeit der Linken auflockernden, zersetzenden Bestrebungen. Diese Gruppen wollten nämlich an einer Weiterentwicklung der Volksdemokratie in sozialistischer Richtung und sozialistischen Charakters nicht mehr teilnehmen. Die sozialdemokratische Partei und die am rechten Flügel der Nationalen Bauernpartei befindlichen Kräfte suchten die Möglichkeit eines Zusam-

menschlusses mit anderen Anhängern der bürgerlichen Demokratie, und zwar im Endergebnis mit der Absicht einen antikommunistischen Block zustandezubringen. Und all diese Erscheinungen traten zu einem Zeitpunkt an die Oberfläche, da die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die Unzufriedenheit der Bauernschaft wegen der weit geöffneten Agrarschere und die fortlaufende Sicherung der finanziellen Stabilisierung der kommunistischen Partei, sowie den links eingestellten Führern der sozialdemokratischen Partei und der Nationalen Bauernpartei auch an sich schwere Sorgen bereiteten. Ende September 1946 entwickelten sich die Gegensätze innerhalb der Unabhängigkeitsfront eigentlich wieder bis zur „Schwelle“ der Koalitionskrise.

## 3

Unter solchen Umständen wurde es für die Linkspartien und vor allem für die kommunistische Partei zur unaufschiebbaren Aufgabe die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen einer Weiterentwicklung der Volksdemokratie zu klären, das heisst den Weg der volksdemokratischen Entwicklung und auch deren Perspektiven klar darzulegen. Dies war im wesentlichen die Aufgabe des III. Parteitages der Ungarischen Kommunistischen Partei. Der III. Parteitag umriss das Programm eines friedlichen, stufenweisen und verhältnismässig längere Zeit in Anspruch nehmenden Übergangs zum Sozialismus.

Die Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse mahnten im übrigen auch besonders die kommunistische Partei, dass sie die politische Initiative unter allen Umständen fest in Händen halten müsse. Doch auch das erblickte die kommunistische Partei klar, dass die Schlüsselfrage einer politischen Entfaltung eine bedeutende Steigerung des Einflusses der Linken auf die Bauernschaft, und anhand dessen eine Schwächung der Bauernbasis der Kleinlandwirtpartei ist.

An den interparteilichen Beratungen Ende Oktober und anfangs November erzielten die Linksparteien namhafte Erfolge. Als unzweifelhafter Erfolg konnte der Beschluss über die Ermässigung der Industriepreise verbucht werden, womit in erster Linie die Lage der Bauernschaft verbessert werden sollte. Auch eine Einschränkung des Grosskapitals bezweckten die interparteilichen Abkommen in bezug auf die Zwangsvereinigung der Grossmühlen, die Ermässigung der Handelsspanne sowie die staatliche Kontrolle der Banken. Es gelang hingegen nicht einen nennenswerten Fortschritt hinsichtlich der Verstaatlichungen, besonders aber hinsichtlich einer Isolierung des rechten Flügels der Kleinlandwirtpartei zu erzielen.

Um die Jahreswende 1946/47 trat — durch die Aufdeckung einer, die Kleinlandwirtpartei auch unmittelbar berührenden republikfeindlichen Organisation und Verschwörung — ein Ereignis ein, dessen Bedeutung und Folgen mit voller Gewissheit nicht sofort ergründet werden konnten, doch so viel war offensichtlich, dass die Liquidierung der republikfeindlichen Verschwörung im weiteren Verhältnis der Koalitionsparteien, und nicht zuletzt in der Gestaltung des Kräfteverhältnisses der



Linken und Rechten innerhalb der Unabhängigkeitsfront eine bedeutende Rolle spielen kann. Die kommunistische Partei war von Anfang bestrebt nicht allein und auch nicht in erster Linie die republikfeindlichen Verschwörer strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, sondern vor allem die linksfeindlichen Kräfte aus der Kleinlandwirtpartei zu verdrängen, Kräfteverhältnis zwischen Links und Rechts innerhalb der Unabhängigkeitsfront grundlegend zu ändern. Die Aufdeckung der republikfeindlichen Verschwörung brachte die Linksparteien zweifellos wieder näher zueinander. Gleichzeitig isolierte sich die Kleinlandwirtpartei innerhalb der Unabhängigkeitsfront und der Koalition immer mehr. Ja, infolge des sich steigernden Gruckes der Linken wurde auch ihre Lage — als politische und organisatorische Folge der Liquidierung der republikfeindlichen Verschwörung — arg erschüttert. Dies kam auch darin zum Ausdruck, dass aus den Reihen der Partei an die 50 Nationalratsabgeordnete und Ersatzabgeordnete ausschieden. Auch aus dem Munizipalausschuss der Hauptstadt wurden etwa 20 Mitglieder der Kleinlandwirtpartei abberufen. Ausser aus der hauptstädtischen Leitung der Kleinlandwirtpartei wurden auch aus den Bezirksleitungen, sowie von der Spitze der Komitats- und Kreisorganisationen zahlreiche „alte“ Leute entfernt. Ein untrügliches Zeichen des beginnenden Zerfalls der Kleinlandwirtpartei war auch die Tatsache, dass die Parteileitung ihren Einfluss und ihre Kontrolle gegenüber der Parlamentsabgeordneten-Gruppe grösstenteils einbüsste, und dass die verschiedenen Richtungen und Gruppen im wesentlichen ein voneinander unabhängiges, selbständiges Leben zu führen begannen. Gleichzeitig damit erlahmte sozusagen die Tätigkeit der Ortsorganisationen in den meisten Teilen des Landes, und die Mitglieder verliessen massenweise die Partei.

In diesen Monaten kräftigte die kommunistische Partei sehr bedeutend ihren Einfluss im Kreise der Arm- und Kleinbauernschaft, ganz besonders durch die Gründung der selbständigen Interessenschutz-Organisation der neuen Bodenbesitzer. Von den aus der Kleinlandwirtpartei ausströmenden bäuerlichen Massen schlossen sich jedoch verhältnismässig wenige unmittelbar der kommunistischen Partei, beziehungsweise den Linksparteien an. Der überwiegende Teil zog sich — von der Kleinlandwirtpartei enttäuscht — in Wirklichkeit vom politischen Leben zurück.

Schon gleich zu Beginn des Jahres 1947 tauchte in den Führern der Arbeiterparteien der Gedanke auf, die innenpolitischen Kräfteverhältnisse noch vor Ablauf des Mandats der Nationalversammlung durch Ausschreibung von Neuwahlen zu klären. Die Angelegenheit der Wahlen wurde aber endgültig erst im Mai 1947, nachdem Ministerpräsident Ferenc Nagy nach dem Westen ging, beziehungsweise demissionierte, entschieden. Und zwar so, dass das Zentrale Nationalkomitee ausser den Parteien der Unabhängigkeitsfront — in der Absicht das bürgerliche Lager zu zerteilen — noch weiteren sechs Parteien die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung am 31. August 1947 bewilligte.

Bei den Wahlen erkämpfte sich die Ungarische Kommunistische Partei mit 1 111 674 (22%) Stimmen den ersten Platz. Allerdings vermochte

sie sich nicht die absolute Mehrheit zu sichern, immerhin wurde sie die grösste und stärkste Partei des Landes. Ähnlich brach auch die Nationale Bauernpartei mit ihren 414 431 (9%) Stimmen vor. Gleichzeitig fielen die Sozialisemokratische Partei (14,6%) und noch mehr die Kleinlandwirtepartei (15,1%) namhaft zurück, letztere verlor über 70% ihrer Wähler vom Jahre 1945. Ungeachtet dessen sicherten sich die Mitglieder der Koalition – mit ihrem 60,6%-igen Stimmenanteil – nicht nur einfach die absolute Mehrheit, sondern auch eine bedeutende zusätzliche Majorität in der neuen Nationalversammlung.

Die Wahlen warfen jedoch auch darauf ein Licht, dass die bürgerliche Rechte noch immer über einen bedeutenden Einfluss verfügt; dies geht ganz besonders daraus hervor, wie viele Stimmen die Demokratische Volkspartei und die Ungarische Unabhängigkeitspartei auf sich vereinen konnten. Erstere erzielte nämlich 16% der Stimmen, letztere erhielt 14% der abgegebenen Stimmen. Die übrigen Oppositionsparteien spielten an den Wahlen keine nennenswerte Rolle. Hinsichtlich der Linken war jedoch neben ihrem ziffernmässigen Erfolg die Tatsache nicht von geringerer Bedeutung, dass die bürgerlichen Gegner der Volksdemokratie im Grunde genommen aus der Unabhängigkeitsfront und der Koalition verdrängt wurden und in Zukunft nur als offene Opposition auftreten konnten.

Die Nationalratswahlen vom Jahre 1947 waren ein Ereignis von besonderer Bedeutung, ein Meilenstein im Kampf für eine Weiterentwicklung der Volksdemokratie sozialistischen Charakters. An sich entschieden sie zwar nicht die Machtfrage, trugen jedoch im hohen Masse dazu bei, dass die kommunistische Partei den Kampf der Arbeiter und werktätigen Bauern für die Erköpfung der Volksmacht, der Diktatur des Proletariats unter wesentlich günstigeren Bedingungen führen könne.

Die Parteien der Unabhängigkeitsfront sowie die oppositionelle Ungarische Radikale Partei griffen im Oktober 1947 die Parlamentsmandate der Ungarischen Unabhängigkeitspartei – unter Berufung auf Wahlmissbräuche – durch eine Petition an. In Wirklichkeit begannen sich aber die Reihen der Partei schon ehemals zu zersetzen und als Zeichen dessen traten mehrere Parteiführer aus der Partei aus. Die Entscheidung des Wahlgerichts, wonach es die Mandate sämtlicher Abgeordneten und Ersatzabgeordneten, die auf der Liste der Ungarischen Unabhängigkeitspartei gewählt wurden, für nichtig erklärt hat, wurde in der Nationalratssitzung vom 21. November 1947 bekannt. Im Herbst 1947 gelangte auch die Demokratische Volkspartei an einen Scheideweg. Ihre Führer betonte zwar den oppositionellen Charakter der Partei, trachteten aber zwecks Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit sich der Regierungskoalition gegenüber doch loyal zu verhalten. Gleichzeitig versuchten Barankovics und seine Anhänger auch dem Misstrauen der führenden reaktionären katholischen kirchliche Kreise vorzubeugen. Doch auch die vorsichtige Politik Barankovics's und seiner Anhänger vermochte die rasche Zersplitterung der Partei, das Ausscheiden der rechten und extrem-rechten Gruppe innerhalb der Partei nicht zu verhindern. Der Zer-



fall der Partei warf Frühjahr und Sommer 1948 seinen Schatten bereits in jeder Hinsicht voraus. Den letzten Stoss hierzu bot die Zuspitzung der Mindszenty-Affaire und die Verhaftung des Fürstprimas. Dem oben erwähnten Prozesz setzte die Flucht István Barankovics's ins Ausland die Krone auf, der bald, am 4. Februar 1949 die Selbstauflösung der Partei folgte.

Im Herbst 1947 versetzen die volksdemokratischen Kräfte auf die wirtschaftlichen Stellungen der Bourgeoisie einen neuerlichen schweren Schlag. Es begann die völlige Enteignung des Grosskapitals, die Ende 1947 und im Laufe des Jahres 1948 in zwei grösseren Etappen vor sich ging. Die Nationalversammlung verabschiedete am 21. November 1947 die Gesetzesvorlage über die Verstaatlichung der Grossbanken. Durch diese Verstaatlichung der Grossbanken und der zu ihrem Interessenskreis gehörenden Betriebe trat in der Struktur der Volkswirtschaft eine sehr bedeutende Wandlung ein. In der Bergbau- und Fabrikindustrie gelangte der staatliche Sektor zur führenden Rolle, und beschäftigte etwa 60 % der Werktätigen der Bergbau- und Fabrikindustrie. Die im März 1948 durchgeführten Verstaatlichungen erstreckten sich auf 594 Unternehmen mit mehr als 160 000 Arbeitern. Mit diesem Beschluss der Regierung wurde in der Fabrikindustrie und in der gesamten Volkswirtschaft das gesellschaftliche Eigentum zum herrschenden Sektor.

Im Frühjahr 1948 erfolgte demnach die radikale Wendung im Besitz der Produktionsmittel. Diese Aenderung schuf – in Wechselwirkung mit den vor sich gegangenen politischen Ereignissen – günstige Bedingungen für eine erfolgreiche Durchführung des ersten Dreijahresplans. Im Kampf für die Enteignung des Grosskapitals gelang es der Arbeiterklasse die werktätige Bauernschaft zu ihrem Verbündeten zu machen. Zugleich trugen die Aenderungen auch namhaft zur Weiterentwicklung der Arbeitereinheit bei, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien konnte vorbereitet werden.

Am 12. Juni 1948 verkündeten der IV. Parteitag der Ungarischen Kommunistischen Partei und der XXXVIII. Parteitag der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei den Beschluss, wonach sich die beiden Arbeiterparteien vereinigen, und noch am gleichen Tag begann der I. Parteitag der vereinigten Partei, der Partei der Ungarischen Werktätigen.

Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien war im Leben der ungarischen Arbeiterklasse, in der Entwicklung der Arbeiterbewegung ein Ereignis von historischer Bedeutung. Die organisatorische Teilung der ungarischen Arbeiterbewegung wurde behoben, die marxistisch-leninistische Einheitspartei der Arbeiterklasse kam zustande. Die Wirkung der Vereinigung strahlte auf die gesamte weitere Entwicklung der den Weg der Volksdemokratie, genauer den des Sozialismus beschreitenden Nation, war doch die Vereinigung mit dem Sieg der Volksmacht verflochten, sie setzte dem Kampf für die Erlangung der Macht gleichsam die Krone auf. Die Vereinigung spielte eine entscheidende Rolle darin, dass in Ungarn die Diktatur des Proletariats auf einem verhältnismässig friedlichen Weg siegreich wurde, dass die Arbeiterklasse ihren Sieg wohl in einem scharfen Klassenkampf, doch ohne einen Bürgerkrieg errungen hat.